

Deutschland plant bis ins Jahr 2000

Autor(en): **C.T.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **40 (1965)**

Heft 10

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-103636>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Deutschland plant bis ins Jahr 2000

Im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden hat man den Schleier der bundesrepublikanischen Zukunft gelüftet. So wurde ausgerechnet, daß es im Jahr 2000 rund 63,3 Millionen Bundesbürger geben wird: 8,2 Millionen mehr als heute. Erheblich steigen werden daher die Aufwendungen für Schulen und für Renten. Die vermehrten Ausgaben für Sozialrenten hängen mit dem Altersaufbau in Deutschland zusammen. Gibt es heute 6,1 Millionen Bürger, die 65 Jahre und älter sind und in den Genuß von Altersrenten und Pensionen kommen, so werden es im Jahr 1980 bereits 8,5 Millionen sein. Ihre Zahl wird sich also in nur 16 Jahren auf 39 Prozent erhöhen. Dadurch aber wird nicht nur die Rentenlast erheblich steigen, vielmehr werden auch das öffentliche und das private Gesundheitswesen stärker beansprucht werden: Außerdem wird sich die Notwendigkeit zum Bau zahlreicher neuer Altersheime ergeben.

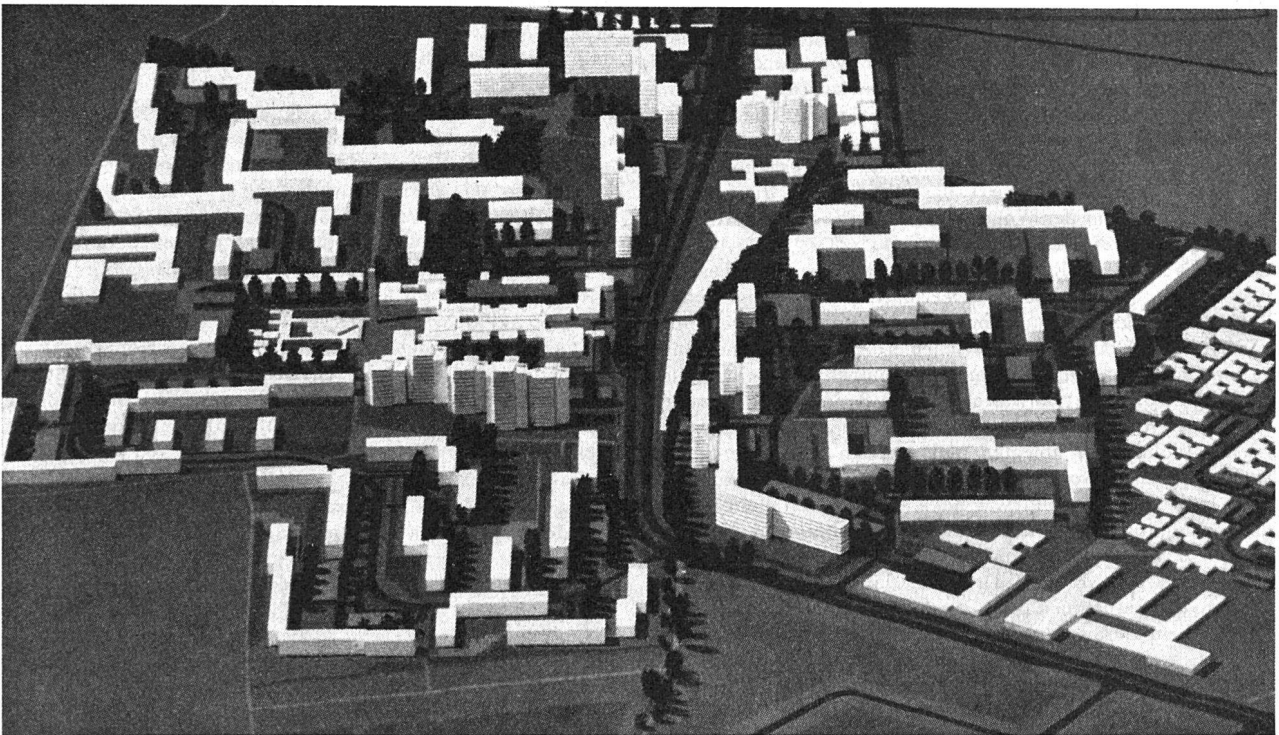
Die nächsten Jahre werden einen vorübergehenden Geburtenrückgang bringen, da nun die Angehörigen jener geburten schwachen Jahrgänge um das Jahr 1945 ins heiratsfähige Alter kommen. Umgekehrt wird sich die Zahl der Sterbefälle erhöhen, weil der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung ständig wächst. Der Geburtenüberschuß wird in dem Jahrzehnt von 1970 bis 1980 nach Meinung der Statistiker auf 2,7 je 1000 Einwohner absinken. In den letzten vier Jahren lag er bei 6,6 auf 1000 Einwohnern, also weit mehr als doppelt so hoch.

Wenn die anwachsende Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland ausreichend mit Wohnungen versorgt werden soll, dann müssen bis zum Jahre 1975 im Bundesgebiet noch rund 4,3 Millionen neue Wohnungen erstellt werden. Das be-

deutet, daß in den nächsten zehn Jahren durchschnittlich noch 400 000 Wohnungen jährlich erstellt werden müssen, um mit der Aufwärtsbewegung der Bevölkerungszahl Schritt halten zu können. In den letzten Jahren sind bisher jährlich mehr als eine halbe Million Wohnungen gebaut worden. Der Wohnungs- und Städtebau wird also die Bauwirtschaft in Zukunft sehr stark in Anspruch nehmen: Sie kann weiterhin mit einer guten Konjunktur rechnen. Der Bund tut sein Bestes, um die Kräfte von Angebot und Nachfrage auszubalancieren. In diesem Zusammenhang spielt die Finanzkapazität der Bausparkassen, die sich regen Interesses erfreuen, eine große Rolle. Diese Kapazität muß im Interesse der Wohnungsbauwirtschaft erhalten bleiben. Um die Baupreise zu beeinflussen, haben die zuständigen Behörden in den verschiedenen Bundesländern den Gedanken aufgegriffen, die sogenannte Fertigbauweise, das Bauen mit vorkonstruierten und genormten Bauteilen, künftig intensiver als bisher zu fördern und gerade bei den großen Siedlungen und dem von der öffentlichen Hand geförderten sogenannten sozialen Wohnungsbau anzuwenden.

Dieser soziale Wohnungsbau, der auch Familien mit mittlerem und geringem Einkommen den Erwerb eines schönen Heimes oder gar eines eigenen Häuschens dank Krediten vom Bund und von den Ländern ermöglicht, gehört weiterhin zu den Lieblingskindern der Behörden, denen besondere Pflege und Sorgfalt gewidmet werden. Ein freier Wohnungsmarkt, so wird von seiten der Behörden erklärt, kann sich erst dann entwickeln, wenn das Angebot an Wohnungen mindestens um 3 Prozent über dem Bedarf liegt.

C. T.



Unter der Leitung der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft «Neues Heim» wurden die Arbeiten für einen neuen Bebauungsplan im Westen Hamburgs abgeschlossen. In wenigen Jahren soll die Großwohnanlage «Osdorfer Born» 16 000 Menschen fortschrittliche Wohnbedingungen bieten.